

Protokoll der 12. ADB – Bundesdelegiertenversammlung vom 14.11. bis 16.11.2014 in Weimar

14.11.2014

1. Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden der ADB e.V. Holger Gebert (stenographische und protokollarische Mitschrift)

Weimar.....

- die wohl bekannteste Stadt Thüringens,
- 60.000 Einwohner leben hier,
- auf engstem Raum erlebbarer Ort und Ausdruck deutscher und europäischer Kultur und Geschichte,
- Stadt der Denker und Dichter, der Wissenschaft, der Künste, der Aufklärer, des deutschen Hochadels,
- Goethe und Schiller, Herder, Carl August, Donndorf, Wieland, List lebten und wirkten oder residierten hier,
- hier erfolgte die Gründung der Weimarer Republik und damit der erste demokratischen Staatsform auf deutschem Boden,
- Bauhaus neben Klassik,
- Weltkulturerbe mit Amaliabibliothek, seinen Schlössern, Nationaltheater, Museen, Parks und Grünanlagen,
- aber auch als Ausdruck des Grauens vor den Toren der Stadt,
- der Ettersberg mit seinem Konzentrationslager Buchenwald, wo im Zeitraum von 1937 bis 1945 ca. 250.000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert waren
- und wovon ca. 56.000 der systematischen Todesindustrie zum Opfer fielen...und wo nach 1945 das Sterben nicht endete,
- aber dennoch der Todesort mit der Selbstbefreiung der Inhaftierten im April 1945 welche die Kraft zum Widerstand und zum Widersetzen hervorbrachte

einen symbolischeren Ort hätten wir für die diesjährige Bundesdelegiertenversammlung nicht finden können.

Aus diesem Grunde begrüße ich Sie, liebe Delegierte der Bundesländer zu unserer 12. Bundesdelegiertenversammlung unter dem Motto:

„Wir sind die Bewährungshilfe – unser professionelles Selbstverständnis“

Mit diesem Motto wollen wir den inhaltlich eingeschlagenen Weg der letzten Bundestagungen und des 4. Bewährungshelfertages fortsetzen und weiter an unserem beruflichen und verbandlichen Selbstbewusstsein arbeiten.

Selbstbewusstsein wird auch zukünftig notwendig sein, um die Bewährungshilfe und unseren Verband vorwärts zu bringen.

Wir wollen Selbstbewusstsein zeigen, wie es uns der Geist von Weimar vorgeben kann und wie es die Häftlinge vom Ettersberg mit ihrer Selbstbefreiung vorgelebt haben. Deswegen wird sich Weimar inhaltlich zu anderen Veranstaltungen auch etwas unterscheiden, zumal wir hier in Thüringen auch in einem Bundesland sind, wo der NSU und sein Umfeld ihr Unwesen trieb und sein dramatisches Ende fand. Deswegen werden wir als Bundesverband auch ein politisches Zeichen setzen und werden deshalb auch die Publizistin und Schriftstellerin Daniela Dahn hier begrüßen und lesen lassen und die Gedenkstätte Buchenwald, neben unserer inhaltlichen und verbandlichen Arbeit, besuchen.

Dass Sie als Delegierte wieder Ihr Wochenende für unseren Berufsverband zur Verfügung gestellt haben, finde ich bemerkenswert und danke dafür.

2. Es folgt die Begrüßung und Vorstellung der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte durch den Mitarbeiter der Einrichtung, Herrn Rasselt

3. Grußwort des Präsidenten des Thüringischen Oberlandesgerichts Herr Kauffmann

(stenographische und protokollarische Mitschrift)

Als Mutter Theresa den Friedensnobelpreis erhielt, begleitete sie ein Journalist bei ihrer täglichen Arbeit. Er sah, wie sie die Kranken wusch und sich um die Armen kümmerte. Daraufhin sagte er zu Mutter Theresa: „Was Sie dort tun, würde ich nicht einmal für eine Million Dollar tun.“ Mutter Theresa antwortete nur: „Ich auch nicht.“

Wenn es nach der Verteilung des Glücksgefühls bei den Einwohnern des Landes Thüringen geht, steht Thüringen auf Platz 16 von 19 Regionen.

Eine Studie hat ergeben, dass in Amerika die Menschen ein anwachsendes Gehalt glücklich macht. Allerdings nur bis zu einer Summe von 75.000,00 \$ jährlich, darüber hinaus dann nicht mehr. Das ist das Easterlin-Paradox. Benannt nach dem Ökonom Richard Easterlin. Es besagt: „Wenn grundlegende Bedürfnisse gestillt sind, führt mehr Wohlstand zu nicht mehr Glück.“

Wenn sich jedoch freiwillige Helfer für etwas einsetzen, erhalten sie mehr Freude durch ihr Ehrenamt. Dieses hat zur Folge, dass sie eine 40% höhere Lebenserwartung haben.

Denn durch das Ehrenamt werden die sozialen Kontakte erweitert. Man erkennt, dass man in der Lage ist mehr zu schaffen, mehr zu leisten. Es gibt in diesem Zusammenhang einen Unterschied, ob man auf der Welt ist oder nicht. Das ist – wie man so schön sagt – „der Sinn des Lebens“.

Man hat die Gewissheit, der Menschheit etwas da zu lassen, wenn man geht. Das nimmt der Endlichkeit den Schrecken. Kulturelles Schaffen ist wichtig, Engagement ist wichtig. Von anderen gebraucht zu werden, gibt dem Leben einen Sinn. Die Ehrenamtlichen selbst werden ebenso belohnt. Sie sind nicht depressiv und sie sind gesünder. Wenn man sich für Andere einsetzt, ist das nicht nur gut für den zu Helfenden, sondern auch für den Helfenden selbst.

Eugen Roth hat ein Gedicht geschrieben, das heißt „Beherzigung“, welches ich gerne vortragen möchte.....(Kaufmann rezitiert)

In Thüringen gab es bei den Sozialen Diensten der Justiz eine Organisationsuntersuchung. Diese hat ergeben, dass keine systemische Änderung erforderlich ist. Dennoch ist Thüringen personell schlechter ausgestattet in Bezug auf die Anzahl der Probanden, die von einem/er Kollegen/Kollegin betreut werden müssen.

Um trotzdem effizient arbeiten zu können, müsse die neue rot-rot-grüne Regierung zur Verbesserung beitragen.

Das neue Strafvollzugsgesetz wirft seine Schatten voraus. Wir brauchen klare Vorgaben durch das Ministerium, insbesondere was das Übergangsmanagement betrifft.

Wir haben auch Probleme mit den HEADS-Probanden (elektronische Überwachung).

Thüringen hat selbst eine Software entwickelt. Das Programm heißt „ProbandWeb“, die mobile Variante ist in Arbeit. Es soll die Arbeit der Bewährungshelfer unterstützen. Da es diese Software noch nicht in anderen Ländern gibt, mache ich hier Werbung in eigener Sache. Wenn sich mehr Bundesländer beteiligen möchten - als Verbund - wäre das schön. Momentan ist nur Thüringen an diesem Programm beteiligt.

Ich wünsche der Veranstaltung einen guten und erfolgreichen Verlauf.

4. Lesung und Diskussion von und mit Daniela Dahn

„Wir sind der Staat. Warum Volk sein nicht genügt“

15.11.14

Vormittags Besuch der **Gedenkstätte Buchenwald**.

Fortsetzung der Bundesdelegiertenversammlung am Nachmittag
(stenographische und protokollarische Mitschrift)

5. Wahl der Versammlungsleitung

Der Bundesvorsitzende Holger Gebert stellt zunächst die Beschlussfähigkeit nach satzungsgemäßer Ladung für die Delegiertenversammlung fest. Auf Vorschlag durch den Bundesvorsitzenden wurden Iris Heß und Peter Kleiß einstimmig durch die Delegierten gewählt.

Das Protokoll der Wahl wird durch Hessen geführt.

Hinweis der Kassenprüferinnen

Die Kassenprüferinnen weisen darauf hin, dass der Bericht der Kassenprüfer nach der Prüfung verlesen wird.

6. Länderaustausch

Die Länderberichte werden mündlich vorgetragen oder verlesen. Die ausgearbeiteten, schriftlichen Länderberichte sollen dem Protokoll angehängt werden. Es bedarf daher keiner Protokollierung.

LAG Bayern mahnt parteipolitische Zurückhaltung bzgl. der Erklärung des Bundesvorstandsvorsitzenden Holger Gebert zur Presseerklärung der ADB zum Rücktritt des ehemaligen brandenburgischen Justizministers Volkmar Schöneburg an. Herr Gebert wird später dazu Stellung nehmen.

7. Antrag NRW bzgl. Satzung

Antrag vom 09.04.14 wird von NRW verlesen. Herr Gebert bittet um Rücknahme des Antrags hinsichtlich der erst kürzlich neu erarbeiteten Satzung. Nach kurzer Beratung entscheidet sich NRW nicht für eine Rücknahme und bittet um Abstimmung.

Anwesend sind 36 stimmberechtigte Delegierte

Abstimmung:

7 ja - Stimmen, 27- nein Stimmen, 2 Enthaltungen zum Antrag. Der Antrag wurde folglich abgelehnt.

8. Positionspapier „Sucht“

Vorschlag Bayern: Das Positionspapier soll wieder zur Überarbeitung in die Länder gegeben werden, um es mit der Basis zu diskutieren. Erklärung durch Herrn Gebert: Die Vorlage wird zurückgezogen.

9. Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstandes durch den Bundesvorsitzenden Holger Gebert (stenographische und protokollarische Mitschrift)

9.1. Vereinsregistereintragung

Am 20.01.2014 hat das Amtsgericht Charlottenburg die auf der 11. Delegiertenversammlung im Juni 2013 in Vallendar verabschiedete Satzung eingetragen.

Dabei erfolgte durch das Amtsgericht ein rechtlicher Hinweis zum Einberufungsrecht von Versammlungen, der bei einer späteren Überarbeitung berücksichtigt werden müsste.

Rheinland-Pfalz	80	98	102	105	110	117	110
Rheinland-Pfalz	80	98	102	105	110	117	110
Saarland	18	28					
Sachsen	31	29	29	23	23	22	22
Sachsen-Anhalt		30	31	31	29		
Schleswig-Holstein	44	49	55	54	53	56	58
Thüringen	26	16	19	20	20	24	25
	1244	1071	934	917	952	922	728

Eine Zufriedenheit soll damit dennoch nicht zum Ausdruck gebracht werden. Auch in Zeiten eines dramatischen Generationenumbruchs in der Kollegenschaft, muss es gelingen den Verband zukünftig durch eine noch höhere Anzahl von Einzelmitgliedern zu stützen. Das die Bereitschaft sich berufspolitisch zu binden oder gar zu engagieren schwindet, ist bewusst und nicht nur ein Phänomen der ADBeV. Parteien, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen haben mit diesem Problem zu kämpfen. Und dennoch, sollte es zum beruflichen Anspruch gehören sich für die eigenen beruflichen Belange oder die der Anderen einzusetzen und zu engagieren, weil wir leider eben nicht auf einer Insel der Glückseeligen leben und noch vieles im Argen liegt, was zu verbessern wäre. Wir im Geschäftsführenden Vorstand sind jedoch zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, junge und neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen für die Erfüllung unserer Zielstellungen zu gewinnen. Deshalb sollte als Nahziel zunächst formuliert werden, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen in absehbarer Zeit wieder ein Verband zu sein, der mehr als 1000 Mitglieder stark ist. Dieses würde unsere Außenwirkung verstärken und ist auch unter fiskalischen Gesichtspunkten für unsere Vereinsarbeit notwendig.

Im Verlauf des Berichtszeitraumes hat es zwei Neuwahlen in Landesverbänden, so in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein geben. Den dortigen Mitgliedern der Vorstände sind im Namen der ADBeV zu Ihrer Wahl gratuliert worden. Es freut daher, hier heute auch die neue Landessprecherin aus Nordrhein-Westfalen **Birte Caspers-Schäfer** begrüßen zu dürfen und ihr viel Erfolg bei der Ausübung dieser nicht einfachen ehrenamtlichen Arbeit von uns Allen zu wünschen.

Herzlichen Dank auch an die anderen neu gewählten und hier anwesenden Vorstandsmitglieder aus NRW und Schleswig-Holstein zu ihrer Wahlbereitschaft.

Zudem haben sich im letzten Berichtszeitraum die Landesverbände aus Thüringen und NRW zu eingetragenen Vereinen umgewandelt und sind als solche bei den zuständigen Amtsgerichten verzeichnet. Die Eintragung der Landesverbände als selbständige eingetragene Vereine wird von Seiten des Geschäftsführenden

Vorstandes begrüßt. Im letzten Jahr mussten für die Landesarbeitsgemeinschaften Hessen, Hamburg und Thüringen Bürgschaftserklärungen von Seiten der ADBeV abgegeben werden, damit für die LAG ein Geschäftskonto eingerichtet und somit die Geschäftsfähigkeit abgesichert werden konnten. Es soll nicht der Teufel an die Wand gemalt werden und es wird von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und hohem Verantwortungsbewusstsein ausgegangen, aber solche Regelungen können nur von vorübergehender Erscheinung sein. Diese möglichen finanziellen Abhängigkeiten und Verantwortungsübernahmen bei eventuell auftretenden finanziellen Problemen zwischen dem Bundesverband und den einzelnen Landesverbänden oder auch umgekehrt, sollten, auch unter Berücksichtigung der jeweiligen Verbandssituation im Interesse aller Beteiligten ausgeschlossen werden. Aus diesem Grunde wird darauf orientiert, dass sich alle Verbände um eine Registrierung als eingetragener Verein bemühen sollten.

9.3. Vorstandssitzungen

Der geschäftsführende Vorstand traf sich nach unserer Bundestagung im Juni 2013 in Vallendar in kleinerer Runde im September 2013 in Weimar, im November 2013 und Januar 2014 in Bad Kreuznach sowie im August 2014 in Weimar und der Gesamtbundesvorstand tagte im Dezember 2013 unmittelbar im Anschluss an den 4. Bewährungshelfertag in Berlin sowie im Mai 2014 in Fuldata.

9.4. Auswertung 11. Bundesdelegiertenversammlung und Bundestagung in Vallendar und 4. Bewährungshelfertag in Berlin

Wir, als Geschäftsführender Bundesvorstand, waren mit der 11. Bundesdelegiertenversammlung in Vallendar, welche vom 14. bis 16. Juni 2013 durchgeführt wurde, sehr zufrieden. Nach unserem Ermessen hatten wir dort eine arbeitsintensive Zeit verbracht, welche zur Erarbeitung von Entwürfen von Positionspapieren

- Zur Elektronischen Aufenthaltsüberwachung
- Zum Umgang mit Sexualstraftätern
- Drogen und Gesetz in der Arbeit der Bewährungshilfe
- Zur Fallbemessung und Belastung bei den Ambulanten Sozialen Diensten der Justiz
- Sowie zur Qualitätsentwicklung

genutzt wurde. Die dortigen Arbeitsergebnisse wurden durch die Gruppenmitglieder nachfolgend per Onlineaustausch bearbeitet.

Das entwickelte Positionspapier zur Elektronischen Aufenthaltsüberwachung ist im Mai 2014 auf der Gesamtbundesvorstandssitzung in Fuldata verabschiedet worden und ist den Tagungsunterlagen beigelegt sowie auf der Homepage veröffentlicht.

Das Positionspapier zu Drogen und Gesetz in der Arbeit der Bewährungshilfe liegt als Entwurf vor und sollte spätestens dann im kommenden Jahr auch verabschiedet werden.

Das Positionspapier zum Umgang mit Sexualstraftätern befindet sich noch in der redaktionellen Bearbeitung.

Die bisherigen Ergebnisse zur Fallbemessung und Belastung stehen noch zur weiteren Diskussion an, wie auch die Diskussion zur Qualitätsentwicklung fortgesetzt werden muss. Es wird davon ausgegangen, dass in absehbarer Zeit diesbezüglich auch überarbeitete Arbeitspapiere vorgelegt werden können.

Die Veranstaltung des Bewährungshelfertages wird bekanntlich gemeinsam von der ADBeV und der der DBH durchgeführt, obwohl beide Fachverbände seit vielen Jahren ein schwieriges Verhältnis miteinander haben. Im Vorfeld des Bewährungshelfertages spitzte sich die Situation zu unserem Ko-Partner erneut zu und drohte zu eskalieren. Insbesondere der Geschäftsführer der DBH zeigte sich mit unseren Vorüberlegungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der Veranstaltung nicht einverstanden. Wiederholt forderte er eine inhaltliche Ausgewogenheit der Veranstaltung ein. Nach seinem Ermessen sollten auch Befürworter der sogenannten risikoorientierten Bewährungshilfe zu Wort kommen. Der Geschäftsführende Vorstand, hat jedoch ganz bewusst inhaltlich darauf verzichten wollen, weil den Befürwortern und Unterstützern über Jahre hinweg, auch durch die ADBeV, insbesondere jedoch aber durch die DBH eine Bühne dargeboten wurde, wo deren Denkweisen zum Verhängnis unserer Profession über dieses Land ergossen werden konnte. In Anbetracht der Auswüchse und der bundesweiten kritischen Auseinandersetzung mit der risikoorientierten Bewährungshilfe, sollte der Inhalt des 4. Bewährungshelfertages dazu dienen, Argumente zur Korrektur der sich abzeichnenden Entwicklung zu sammeln, die Kräfte zu bündeln und Mut zu machen, sich der Auseinandersetzung zu stellen.

Der Gesamtvorstand hat in seiner Vorstandssitzung eingeschätzt, dass dieses Ziel erreicht werden konnte. Zudem zeigen die beim Geschäftsführenden Vorstand eingegangenen Reaktionen, die auch auf der Homepage im Gästebuch veröffentlicht wurden, dass die Einwände durch den Geschäftsführer der DBH nicht gerechtfertigt waren. Von daher ist es aus unserer Sicht fraglich, ob die DBH wirklich auch nur ansatzweise unsere Interessen vertreten will oder kann.

9.5. Verhältnis zur DBH

Im September 2013 ging ein Schreiben des Präsidiums der DBH beim Geschäftsführenden Vorstand ein, wonach mitgeteilt wurde, dass man sich mit der Rede des Bundesvorsitzenden auf der 11. Bundesdelegiertenversammlung und Tagung in Vallendar auseinandergesetzt habe, wo dieser zur 60jährigen Geschichte der ADB referiert hat. Herr Gebert kann die Notwendigkeit dieser Aufgeregtheit in dem Schreiben des Präsidiums der DBH nicht nachvollziehen und bemängelt, dass die DBH-Stellungnahme Aussagen von ihm kritisiert, welche auf keinen Fall in dem Vortrag vom Juni 2013 enthalten waren. Zudem glaubt die DBH u. a. mit ihrer Stellungnahme jüngere Kolleginnen und Kollegen über die wahren Gründe des Austritts der ADBeV aus der DBH aufklären zu können, ohne jedoch wie Gebert anmerkt, eine nachvollziehbare Begründung aus Sicht der DBH darzulegen. Ob jüngere Kolleginnen und Kollegen dieses nachvollziehen können, kann deshalb angezweifelt werden. Der Geschäftsführende Vorstand hatte deshalb entschieden, die Stellungnahme der DBH nicht auf unserer Homepage zu veröffentlichen, wie dieses durch die DBH gewünscht wurde. Die DBH hat sie deshalb auf dem 4. Bewährungshelfertag verbreitet.

Auch nach dem 4. Bewährungshelfertag erreichte den Geschäftsführenden Vorstand erneut eine „Einschätzung“ zur Veranstaltung durch die DBH, hier durch deren Geschäftsführer. Auf diese Bemerkung wurde im Sommer durch Holger Gebert reagiert. In seiner Reaktion sieht Herr Gebert es als unangebracht an, ständig durch die DBH aufgefordert zu werden, die Verdienste der DBH herauszuheben und zu würdigen, zumal hinterfragt wird, welche der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigentlich auf DBH-Ticket zum Bewährungshelfertag erschienen sind. In Erinnerung ist hier nur, dass Frau Jensen und Dr. Roos angemeldet wurden, wobei Dr. Roos sich enttäuscht gab und dann unangekündigt nicht erschien, weil seine Lebenspartnerin nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Von daher erscheint der Anteil der Teilnehmer von Seiten der DBH recht überschaubar zu sein. Daraus nun unentwegt Forderungen abzuleiten und die Mitveranstalter besonders herausgehoben und gewürdigt sehen zu wollen, erscheint jedenfalls in diesem Maße für Herrn Gebert nicht angebracht.

Herr Gebert zweifelt außerdem in seinem Schreiben an die DBH die uneingeschränkte Annahme der DBH an, dass beide Organisationen die Kooperation fortsetzen wollen. Dieses begründet er u. a. aus Sicht der ADBeV damit, dass wiederholt festgestellt werden muss, dass zwischen den Organisationen sehr konträre Auffassung zu bestimmten inhaltlichen Positionen bestehen. Er macht deutlich, dass er überhaupt kein Bedürfnis verspürt, sich mit einem „Kooperationspartner“ ständig konträr (und zeitraubend) auseinanderzusetzen zu wollen. Für ihn setzt Kooperation gleiche inhaltliche Zielstellungen von Partnern voraus. Diese wird jedoch schon aus dem Selbstverständnis und der Mitgliederzusammensetzung der beiden Organisationen heraus nicht gesehen. In seinem Schreiben an den Geschäftsführer macht Holger Gebert deutlich, dass die ADBeV zunehmend und wiederholt Positionierungen der DBH feststellt, welche nicht die unseres Verbandes sind und zudem unseren Mitglieder schadet, wie zum Beispiel u. a. die offensichtliche Befürwortung durch die DBH zum Modell der risikoorientierten Bewährungshilfe, der Privatisierung oder des weiteren Ausbau der Führungsaufsicht. Daraus lässt sich nach Ermessen der ADBeV weder eine Kooperation noch eine Solidarität ableiten, wie sie gerne immer wieder von Seiten der DBH beschworen wird.

Über den weiteren Umgang mit der DBH, insbesondere zur möglichen Fortsetzung der Kooperation hinsichtlich der Durchführung des nächsten Bewährungshelfertages, soll nachfolgend der neu zu wählende Geschäftsführende Vorstand entscheiden.

9.7. Wissenschaftliche Arbeiten und Positionspapiere

Der Bundesvorsitzende Holger Gebert informiert über die Dissertationsvorbereitungen der Kollegin Emmerich-Jäger aus Hessen zum Thema Qualitätsentwicklung. Herr Gebert sichert der Kollegin die Unterstützung der ADBeV zu. Gleichzeitig erhofft er durch die Kooperation mit der Kollegin Argumente in der Auseinandersetzung in der Darstellung des beruflichen Wirkens für die ADBeV erhalten zu können.

Auf die weitere Erarbeitung der Positionspapiere „Umgang mit Sexualstraftätern“ sowie „Fallzahlen“ ist zuvor schon Bezug genommen worden.

Der Bundesvorsitzende Gebert informiert kurz über die Evaluationsergebnisse in Baden-Württemberg. Demnach scheint das dortige Ministerium der Justiz die Beibehaltung der Zuständigkeit für die ambulanten Dienste der Justiz durch die Neustart gGmbH zu favorisieren. Herr Gebert findet es bemerkenswert, dass die Institution, welche die Überführung der ambulanten Dienste der Justiz in die freie Trägerschaft zu verantworten hat, nun die Ergebnisse der Untersuchung kommentiert und ihre Ergebnisse den Abgeordneten des Landtages von Baden-Württemberg zu kommen lässt. Nach Auffassung von Herrn Gebert sei dieses nicht seriös und er vermute, dass die Verwaltungsadministration lediglich keine Lust habe, die Bewährungs- und Gerichtshilfe in die staatliche Hoheit zu reprivatisieren.

Nach den Ausführungen des Bundesvorsitzenden erfolgt aus der Delegiertenversammlung heraus die Anregung, dass sich der neue Vorstand mit der Zusammenlegung Bewährungs- und Gerichtshilfe beschäftigen möchte.

10. Kassenbericht

Der Bericht wird vorgetragen und wird mit dem Protokoll versendet.
Eine Änderung auf Seite 1 ist notwendig: Es soll heißen 30.12.2013.

11. Bericht der Kassenprüfer

Der Bericht wird verlesen. Die Verschriftlichung wird dem Protokoll als Anlage angehängt. Es wird gebeten, das Formular Kostenerstattung vollständig auszufüllen und bei Überweisungen einen konkreten Verwendungszweck anzugeben.

Die Belege sind künftig zu nummerieren, Kontoauszüge sollten stets beigelegt werden.

2013 ist eine Barkasse eingeführt worden, die muss noch zur Jahresrechnung beigelegt werden.

Seitens der Kassenprüfer wird für die Jahre 2011, 2012 und 2013 die Entlastung des Vorstandes empfohlen.

Abstimmung:

33 ja - Stimmen, 3 Enthaltungen

Damit entlastet die Delegiertenversammlung den Geschäftsführenden Vorstand.

Kendra Steuber teilt gleichzeitig mit, dass sie für die Aufgabe der Kassiererin aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wiederwahl steht.

Der Punkt Kassenordnung wurde auf Anraten der Kassenprüferinnen zurückgenommen, da es sich dabei um ein Arbeitsinstrument des Geschäftsführenden Vorstandes handelt, welcher nicht diskutiert werden muss.

12. Wahl des Vorstandes

Für den Wahlvorstand wurden gewählt: Günter Stendebach aus Rheinland-Pfalz, Andrea Mittermüller aus Bayern und Anette Filipp aus Thüringen.

Das Wahlprotokoll wird durch den Wahlvorstand gefertigt und dem Geschäftsführenden Vorstand nachfolgend übersendet, damit die Vereinsregistereintragung veranlasst werden kann.

Gewählt wurden:

Bundvorsitzender	Holger Gebert	Brandenburg
Stellvertreter Bundvorsitzender	Peter Kleiss	Schleswig-Holstein
KassiererIn und 2. StellvertreterIn	Iris Heß	Rheinland-Pfalz
BeisitzerInnen	Ute Dörfler Katrin Hoffmann Julia Bichler Daniela Casper	Thüringen Rheinland-Pfalz Bayern Rheinland-Pfalz

13. Wahl der Kassenprüferin

Zu neuen Kassenprüferinnen wurden gewählt.	Rita Schlörit Anja Würz	Rheinland-Pfalz Saarland
--	----------------------------	-----------------------------

16.11.2014

Die Ergebnisse der drei **Workshops** sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In seinen abschließenden Worten erwidert Holger Gebert für den Vorstand auf die Anmerkung der LAG Bayern am Vortag, dass sich die Stellungnahme nicht auf die Parteizugehörigkeit des Justizministers, sondern auf dessen inhaltliches Wirken als Justizminister des Landes Brandenburg bezog.

Die Kollegin Ingrid Weibel, Hamburg, wird für ihre langjährige Tätigkeit im Bundesvorstand der ADBeV gewürdigt und wird zum „Ehrenmitglied der ADBeV“ ernannt.

Im Rahmen des internationalen Fußballturniers, das vom 09. bis 11. April 2015 in Jena stattfindet, soll auch die Tagung des Gesamtvorstandes der ADB stattfinden und zwar vom 08. bis 09. April 2015.

Protokollanten der Delegiertenversammlung
David Weiner, Christoph Mankel, Heike Werner (LAG Hessen)